

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Bezugspreis: monatlich 250 h einschließlich
Bringerlohn. Wegen Polsterung näheres
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenpreis: für die 8 Spalten
Kleinzeile oder deren Raum 75 h,
Reklamazeile 250 h.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Zeidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorisch, Biebrich a. Rh. Filiale in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 91

Samstag, den 6. August 1921.

Postfachnummer
Frankfurt (Main) Nr. 10114

15. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Nr. 392.

Unter Bezugnahme auf die Kreisblattbestimmung betreffend das Entfernen der alten und kranken Obstbäume und das Ausschneiden des dicken und kranken Holzes und der Äststumpfen, vom 7. Dezember 1920, Nr. 11, 2965/1, erlaube ich die rückständigen Polizeiverordnungen und die Herren Bürgermeister am baldigen Bericht über den Erfolg der getroffenen Anordnungen.

Wiesbaden, den 20. Juli 1921.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
A. B. Bieker.

Verordnung über die Preise für das Umlagegetreide aus der Ernte 1921.

Vom 4. Juli 1921 (MGBL S. 804).

Auf Grund des § 50 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 (MGBL S. 737) wird mit Zustimmung des Reichsrats und des vom Reichstag gewählten Ausschusses von der Reichsregierung verordnet:

§ 1. Für das Getreide, das auf Grund der nach dem Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 (MGBL S. 737) ausgehobenen Umlage zu liefern ist, werden den Erzeugern folgende Preise gezahlt:

für die Tonne Roggen 2100 M.,
für die Tonne Weizen, Spelz (Dinkel, Tessen) 2200 M.,
für die Tonne Gerste 2000 M.,
für die Tonne Hafer 1800 M.

§ 2. Die in § 1 genannten Preise gelten für Getreide von mindestens mittlerer Art und Güte. Sie schließen, vorbehaltlich anderweiter Regelung nach § 3, die Kosten der Beförderung bis zur Verladestelle des Ories, von dem die Ware mit der Bahn oder zu Wasser versandt wird, sowie die Kosten des Einladens des Getreides ein.

§ 3. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft erläßt die erforderlichen Ausführungsverordnungen. Er kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

Berlin, den 4. Juli 1921.

Die Reichsregierung.

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 1. August 1921.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
A. B. Bieker.

Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Preise für das Umlage- getreide aus der Ernte 1921.

Auf Grund des § 3 der Verordnung über die Preise für das Umlagegetreide aus der Ernte 1921 vom 4. Juli 1921 (Reichs-Gesetzbl. S. 804) wird bestimmt:

§ 1. Der Preis für zusammengewachsenes Getreide richtet sich nach der Art des Getreides und seiner Zusammenlegung.

§ 2. Als Getreide von mindestens mittlerer Art und Güte gilt Getreide nur, wenn die Fruchtigkeit bei Lieferungen vor dem 1. Oktober 1921 — 19 vom Hundert und bei Lieferungen vom 1. Oktober 1921 ab — 17 vom Hundert nicht übersteigt, und wenn es gut und gesund ist, auch hinsichtlich seiner sonstigen Eigenschaften der Durchschnittsbeschaffenheit der betreffenden Getreideart in der Abgabegegend entspricht.

§ 3. Für die Bewertung des Getreides ist seine Beschaffenheit bei der Ankunft an dem von dem Erwerber bezeichneten Bestimmungsort maßgebend.

§ 4. Die Preise gelten für Lieferung ohne Sod. Die näheren Bestimmungen für teilweise Ueberlieferung von Säcken, insbesondere über die Reibgebühren und über die Preise der Säcke trifft die Reichsregierung jeweils durch Veröffentlichung im deutschen Reichsanzeiger.

§ 5. Der Verkäufer des Getreides hat nur bis zur Verladestelle des Ories, von dem die Ware mit der Bahn oder zu Wasser versandt wird, zur Verfügung, so daß hierfür eine Vergebühre nicht berechnet werden.

§ 6. Die Preise gelten für Bargzahlung binnen 15 Tagen nach Ablieferung. Wird der Kaufpreis länger getundet, so dürfen bis zu 2 vom Hundert Zehreszinsen über Reichsbankdiskont zugerechnet werden.

Berlin, den 5. Juli 1921.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 1. August 1921.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
A. B. Bieker.

Nichtamtlicher Teil.

Fortsetzung und Schluß der Reichstanzler-Rede in Bremen.

Auch Europa kann nicht noch einmal durch einen Katastrophe neuen Wurmstich oder durch einen neuen Krieg hindurchgeführt werden. Todes-schatten lagern auf dem Kontinent, der ein Bringer des Lichtes und der künftigen Freiheit

für die ganze Welt hätte sein können. Der europäische Gedanke, der den Blick loslöst von dem engen Kreise und ihn lenkt auf das gemeinsame Schicksal Europas und damit der ganzen Welt, dieser Ruf muß bittend und lebend, muß ermahnend und hoffend in die ganze Welt hinausdringen, der Gedanke, daß man die Welt nicht mit Ultimatum, mit Bedrohungen und Bräutereien besterzt, sondern daß man sie nur retten kann wenn man sich am Verhandlungstisch zusammen niederläßt und über die Probleme der Weltwirtschaft verhandelt. Denkt kaufmännisch, denkt vergebend, denkt in Liebe der gefallenen Brüder, die auf allen Schlachtfeldern ihr Leben ließen, denkt in Ehren aller Millionen Menschen, die in dem Glauben an die Erlösung der Welt auf allen Schlachtfeldern ihr Leben gelassen haben, aber denkt groß, denkt verständig. Wagt Ihr auch denken an die, die Verbrechen getan haben in allen Nationen, aber überlegt immer, ob es politisch und ob es klug ist, heute über das zu reden, was man morgen noch aussprechen kann. Denkt großmütig, denkt an die Welt! Das deutsche Denken hat sich nicht immer bewegt innerhalb der Grenzen unseres Vaterlandes. Es hat darüber hinausgegriffen in die weite Welt. Gerade hier in Bremen ist der Boden für den großen Gedanken, daß die Welt doch schließlich eins ist in ihrer Wirtschaft. Mit diesem Denken und Fühlen werden wir in Bremen nicht nur unser Vaterland und unsern Vaterland, sondern Europa und der ganzen Welt den größten Dienst erweisen. Nun, liebe Volksgenossen, gerade in dieser Stunde, wo wir den großen deutschen Gedanken der Solidarität Europas in aller Welt vertreten, gehen wir der Entscheidung über Oberschlesien entgegen. Es ist eine schwere Stunde, nicht nur entscheidend etwa für eine Regierung, um Personen handelt es sich nicht.

Es ist ja bemerkenswert, daß wir als Finanzminister des Reiches, als der ich vor einigen Monaten Gelegenheit hatte, in Ihren Mauern zu weilen, ein so freundliches Willkommen erwidern wurde. Finanzminister haben indes beliebt in der Welt. Die Finanzminister haben ihre Pflicht zu erfüllen, auch dann, meine Damen und Herren, wenn es nicht nur bei den Proletariaten, sondern auch bei den Goldbesitzern Tränen gibt. Ich sage, Finanzminister sind nicht beliebt, sondern sie müssen ihrem Lande dienen, indem sie das große Gemeinwohl über die einzelnen Interessen stellen. Dieser große Gemeinwohlgedanke ist es, der uns bewegt. Meine Damen und Herren! Ich habe mich in den letzten Wochen monatelang gefragt, wie es möglich ist, daß im Osten Deutschlands ein neuer Staat eine solche Politik betreiben kann, wie es Polen getan hat. Schauen Sie dorthin. Das Bild an der Wand zeigt uns, daß der Gedanke der Nationalität und damit der Kulturgedanke hier von Bremen aus im Osten Boden gefaßt hat. Was verdankt die östliche Welt uns, und was verdanken die großen Städte der Ostküste gerade ihrer Heimatstadt Bremen! Da ist der Gedanke der Zivilisation und der Menschheit unter den belebenden Formen des Handels in alle Welt hinausgegangen. Was hätte ein polnischer Staat für die Welt bedeuten können, wenn er sich innerhalb seiner natürlichen Grenzen bewegt hätte! Haben Sie je in der Welt ein Volk gesehen, das durch deutsches Blut und durch den Tod unserer Brüder zum Leben erwacht ist, und das uns damit schmächtig behandelt hat wie gerade das polnische Volk? Wir hätten den Wunsch gehabt, nachdem Polen zur Staatlichkeit erwacht ist, uns mit diesem Volk zu verständigen, um dem Gedanken der europäischen Kultur gemeinsam zu dienen. Und was bewirkt sich jetzt vor unseren Augen? Am Osten greift Polen weit in russisches Gebiet hinein, in Litauen ist die Grenze nicht geregelt, die Frage von Wilna ist noch offen, und in Galizien herrscht den Ruthenen gegenüber die Politik der Wacht ohne einen Gedanken des Rechts und der Veröhnung. Und nun auch das fremde Beginnen gegenüber dem deutschen Volk, einen ewigen Brandherd zwischen großen Völkern zu schaffen, der den europäischen Kontinent auf neue in Laue des Jahrhunderts ins Unglück stürzen kann. Ich glaube, wir alle, die wir hier vereint sind, wir haben nicht den Gedanken in uns aufgenommen, daß, nachdem Millionen Kreuze auf allen Schlachtfeldern liegen, diese Frage aufs neue das arme Europa in Elend und Verzweiflung stürzen soll. Warum keine Verständigung? Weil politische Leidenschaft und grenzenloser Hochmut in Warschau die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen will. (Bravo.) Darum geht unsere Mahnung hinaus über das ganze Erdrund: Löst die oberste Frage, nachdem das Volk gesprochen hat, gerecht. Löst sie so, daß nicht im Osten ein neuer Brandherd entsteht, der Deutschland und die ganze Welt aufs neue dem Elend entgegenführen kann. Sieben Jahrhunderte lang ist dieses Land in deutschem Besitz gewesen, zur Höhe der Wohlfahrt und zum Reichum emporgetragen, zu jener Kultur, in der auch die soziale Gerechtigkeit zu finden ist. Diese Bewegung war nicht zu Ende. Darf ich es Ihnen offen aussprechen? Vor dem Kriege war Deutschland gemüß reich, und manche Frage wäre zu lösen gewesen, wenn die Verständigung zwischen dem Besitz und den Arbeitern im deutschen Vaterland überall gepflegt worden wäre. Oberschlesien und seine Arbeiterbevölkerung wird unter deutscher Herrschaft und unter deutscher demokratischer Freiheit andere Tage genießen als etwa unter der Herrschaft polnischer Nationalisten, die nur den Gedanken nationaler Verdrängungen kennen und mit daraus fassen, durch Gewalt das alte deutsche Kulturland in ihren Besitz zu bringen. Wir sehen der Entscheidung mit klarem Auge, gemüß mit klopfendem Herzen, aber in dem Bewußtsein entgegen, daß ein Volk, das für sein gutes Recht steht, niemals untergehen kann. Ich vertraue auf die Einsicht der großen führenden Nationen in der Welt, daß unsere Stimme nicht ungehört im Rufe der Völker verhallen wird. Wir

werden nicht dabei sein bei dieser Entscheidung. Es ist gut, daß wir nicht dabei sind, denn die Verantwortung für eine gerechte Entscheidung liegt bei denen, die uns wieder nach London berufen noch zur Abrüstungskonferenz eingeladen haben.

Es ist nur ein Zeichen dafür, daß wir jetzt umso mehr, wo wir nicht mehr das Schwert führen, der ganzen Welt dienen, wenn wir den Gedanken des Rechts und der Gerechtigkeit als deutschen Gedanken in der Welt vertreten. Wir erwarten die Entscheidung. Ich sehe nicht ohne Hoffnung in die Zukunft, ich weiß, was diese Hoffnung für uns bedeutet. Ich weiß, daß man enttäuscht werden kann. Diese Enttäuschung würde sich schwer auf die großen Schoren des wertvollen Volkes legen. Als ich heute morgen durch die Bremer Gassen, stromabwärts fuhr mit der Führung ihrer Stadt, als man mir sagte, wie notwendig es jetzt ist, daß gerade die Hanfschiffe wieder emporfähren, da sagte ich mir, das war der richtige Tag, in dieser Stunde eine Mahnung in die Welt hinauszugeben, daß wir in Deutschland bereit sind, zu arbeiten und zu opfern. Aber nicht ohne einen großen Impuls, der allein die Arbeit beleben kann; denn nur die Begeisterung für eine große Idee ist die Quelle großer Taten, die Begeisterung für den Gedanken, wieder durch Arbeit emporzukommen. Dieses Ziel muß uns alle befeuern, jetzt und immerdar. (Bravo.)

Ich danke Ihnen, verehrte Volksgenossen, daß Sie hier in so unerhöhter Zahl der Einladung der Stadtverwaltung gefolgt sind. Ich weiß, daß in Bremen ein freilich gerichtetes Volk lebt, das dem Gedanken der politischen Freiheit und des Fortschritts verständnisvoll gegenübersteht. (Bravo.) Ich hoffe von der Bremer Arbeiterkraft und der Bremer Kaufmannschaft, daß sie uns in der großen Stunde der Entscheidung unterstützen, und daß nicht politischer Streit unsere Arbeit zunichte macht. Das wäre unsern Gegnern gerade recht, wenn in Deutschland irgend eine Torheit begangen würde. Vor der großen politischen Entscheidung keine Falsche. Für die, die noch den Gedanken an Falsche in ihren Gehirnen tragen, ist nur eines gut: kalte Umklänge! (Bravo! und Handklatschen.) Gerade in diesen Tagen, wo große politische Entscheidungen reifen, keine Eindrücke in Deutschland. Ich rufe es an alle Kaufleute hinaus, an alle Arbeiter Deutschlands und an alle, die arbeiten wollen. Ich rufe es laut in alle Winkel Deutschlands: In dieser Stunde kein Gedanke an Gewalt!

Von der großen einheitlichen Linie, die die Reichspolitik vorgezeichnet hat und von der Politik der Erfüllung des Friedensvertrages darf es kein Abweichen geben. Wir wollen in solcher Stunde kein Schwanken auf den Bahnen des Rechtes, den Bahnen der Arbeit und des großen Gedankens der sozialen Republik, des Gedankens der Freiheit und Wohlfahrt unseres Vaterlandes. Wir vertrauen auf Bremens Bevölkerung, auch auf die, die nicht politisch unserer Ueberzeugung ist, daß sie treu zusammensteht mit uns in diesem großen einheitlichen Gedanken. Wie ihre Vorfahren ausgezogen sind, um im Osten dem Gedanken der Kultur zu dienen, mögen sie auch verschiedenen Sinnes gewesen sein, in einem waren sie aber eins: in dem großen Ziel, in der Welt den Geist der Pflicht, der stetigen Verbrennung, des freien Verkehrs und des Handels zu verbreiten. Gewiß mögen auch materielle Interessen mitgesprochen haben, aber ein Interesse war vorherrschend und der große Gedanke der Einigung für eine große Idee. Unsere Idee ist der Gedanke der europäischen Solidarität unter dem Banner der sozialpolitischen Freiheit und der demokratischen Entwicklung für ganz Europa. (Bravo und Handklatschen.) Ich hoffe, daß unsere Arbeit nicht vergebens ist. Ich habe auf die, die uns lautes Spiel zugeführt haben. Eine Enttäuschung des obersten Volkes in der Hoffnung auf eine baldige Aufklärung wäre das größte historische Unglück, das Europa widerfahren könnte. Wir haben Schweiß übernommen und ich weiß, daß alle deutschen Stämme dem Gedanken der Einheit die schwersten Opfer gebracht haben. Was haben wir erreicht aus dem Sturm und Drang des Weltkrieges? Die Macht ist in Trümmern verfallen, der Wohlstand ist vernichtet, und die Herrlichkeit ist verfallen. Eines aber haben wir gerettet: die Einheit des Reiches, die Einheit unserer Wirtschaft und die Hoffnung, daß wir in der Einheit, in der sozialen Freiheit, in der Demokratie und in der Gerechtigkeit unser Glück und unsere Wohlfahrt wieder neu aufbauen können. Dies wird Opfer kosten von allen Seiten. Wenn Sie wissen wollen, welche Opfer gebracht werden müssen, so fragen Sie den Finanzminister des Reiches. Ohne Opfer ist das Vaterland verloren. Aber allen denen, die noch an den alten Zeiten hängen, nehme ich es nicht übel. Der Gedanke ist ja zu verlockend, sich in der Vergangenheit zu vergraben. Aber nehmen Sie die neue Verfassung des Reiches vor und lesen Sie die einfachen und klaren Worte, die an der Spitze stehen, wo es heißt: Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen befeuert, sein Recht in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern, hat sich diese Verfassung gegeben, und ich darf ergänzend hinzufügen: „den deutschen Volksstaat gegeben“. Lassen wir uns nicht niederdrücken von dem Gedanken, was hinter uns liegt. Gewiß denken wir dann und wann in Trauer und Gebeten der gefallenen Brüder und Wunden, die zu Millionen auf den Schlachtfeldern ruhen. Aber wir wollen uns nicht herabdrücken lassen. Wir wollen nicht in Tränen unterinken. Auch über die Gräber wollen wir wieder vorwärts schreiten und die Menschheit vorwärts führen zu großen Zielen, vorwärts und wieder aufwärts zum Licht, zu neuem Glück und Gerechtigkeit für unser deutsches Volk. (Bravo und Handklatschen.)

Tages-Rundschau.

Oberschlesien.

By Breslau, 4. August. Die Interalliierte Kommission sieht sich auf Grund des zunehmenden Terrors der Polen, besonders den Gewalttätigkeiten gegenüber den Arbeitern, endlich veranlaßt, im Interesse des Arbeitslebens folgendes anzuordnen: Auf den Gruben und Werken des ober-schlesischen Bergwerks- und Hüttenbezirks ist es in letzter Zeit wiederholt zu Drohungen und Ausschreitungen gegen einzelne Beamten und Andersdenkende gekommen. Dieser Zustand hat häufig Differenzen, welche die Arbeitsmöglichkeit auf das Empfindlichste stören, ergeben. Für zukünftige Beleidigungen und Körperverletzungen müssen schwere Gefängnisstrafen verhängt werden, sobald einzelne Fälle zur Anzeige gelangen. Man wird es begreiflich finden, daß im Interesse des ober-schlesischen Wirtschaftslebens all-differenzen und Zwistigkeiten auf alle Fälle verhindert werden müssen.

Der Kollektivschritt.

Berlin, 4. August. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Angelegenheit des Truppentransportes nach Oberschlesien hat nunmehr ihre Erledigung gefunden. Am Mittwoch mittag erschienen beim Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rosen der französische und englische Botschafter sowie der italienische Geschäftsträger und überreichten nachstehend von den drei genannten Vertretern unterzeichnete Note: Berlin, 3. August. Der Botschafter Frankreichs, der Botschafter Englands und der Geschäftsträger Italiens beehren sich, im Auftrage ihrer Regierungen die deutsche Regierung zu er-luchen, Vorkehrungen zu treffen, um durch alle möglichen Mittel den Transport alliierter Truppen durch Deutschland zu erleichtern, wenn die Lage in Oberschlesien es im Augenblick notwendig machen würde. Und mündlich wurde hinzugefügt, daß es sich hierbei nicht um ein Erlachen handelt, schon jetzt Truppen zu befördern, sondern die grundsätzliche Bereitwilligkeitserklärung Deutschlands, diese auf spezielle Aufforderung der drei Mächte hin zu tun. Der Reichsminister des Auswärtigen ent-wortete, daß dieses Verlangen dem seitens der deut-schen Reichsregierung in dieser Angelegenheit an-genommenen Standpunkt entspricht. Er erklärte sich bereit, in diesem Sinne mit dem Reichsoverkehrs-minister sich in Verbindung zu setzen.

Erinnerungszeichen für Tankbefahrer.

Nach dem Heeresverordnungsblatt hat der Reichswehrminister ein Erinnerungszeichen für die Befahrung der Tankwagen genehmigt. In einem mehrheitlich politischen Blatte findet sich die Bemerkung, der Minister beziehe sich als „verfassungsunkundig“ erweise, denn nach Art. 109 der Reichsverfassung dürfen Orden und Ehrenzeichen nicht verliehen werden. Der Verfasser dieser Notiz hat leider nur von einem Teil der Verfassung Kenntnis genommen. Hätte er sich die Mühe genommen, die Verfassung bis zu Ende zu lesen, so hätte er in Artikel 175 den Satz gefunden:

„Die Bestimmungen des Artikels 109 finden keine Anwendung auf Orden und Ehrenzeichen, die für Verdienste in den Kriegsjahren 1914—1919 verliehen werden sollen.“

Die Hilfsaktion für Rußland.

Berlin, 3. August. Laut „Vorwärts“ hielten heute vormittag die Vertreter der Behörden, der medizinischen Wissenschaften, der politischen Parteien, des Großhandels und der Industrie Besprechungen mit dem Zentralkomitee des Roten Kreuzes über die Hilfsaktion für das durch Hunger und Seuchen schwer bedrohte Rußland ab. Alle Redner betonten die Notwendigkeit der Hilfe. Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, B. u. m., erklärte, daß vom gesundheitlichen Standpunkte aus die Choleraabekämpfung in energischster Weise in Angriff genommen werden müsse. Auch die Gefahren der Verschleppung von Flecktyphus und anderer Krankheiten dürfe man nicht aus dem Auge verlieren. Wenn wir auch nicht an der Bekämpfung der Hungersnot teilnehmen könnten, so könnten wir doch unsere medizinische Wissenschaft und unsere hochentwickelte pharmazeutische Industrie in den Dienst der Choleraabekämpfung auf russischem Boden stellen. Der Schatzmeister des Roten Kreuzes betonte, daß er für vier bis fünf Monate die Aktion des Roten Kreuzes in Rußland für finanziell gesichert hat. Dr. Adolf Braun von der S. P. D. wies auf die Notwendigkeit hin, durch das internationale Rote Kreuz energisch die Hilfsaktion der Vereinigten Staaten und Englands zu betreiben. Die Anwesenden bildeten ein großes Hilfskomitee und einen engeren Ausschuss, worin die Spitzen der Landwirtschaft, der Industrie, der medizinischen Wissenschaft und der politischen Parteien und Gewerkschaften vertreten sind. Es wurde beschlossen, vor-

Bamberg. Der Obermühlmeister der Landespolizei war Lauer hat seine achtzehnjährige Braut, die Bahnbeamtenochter Betty Haefner, in Abwesenheit ihrer Eltern erschossen und dann sich selbst durch zwei Schüsse getötet.

Friedenwalde. Ein 16-jähriger Junge wurde zwischen Friedenwalde und Neutode von zwei Begegnern überfallen, die ihn auszuholen und sämtliche Kleidungsstücke, sogar das Hemd, mitnahmen.

Melbourne. Aus dem ganzen Lande werden starke Regen- und Schneefälle gemeldet.

Neueste Nachrichten.

Radaufjagen im Danziger Parlament.

Danzig, 5. August. Im Danziger Volkstag kam es gestern zu wüsten Ausschreitungen, wie sie in der Geschichte des Danziger Parlaments noch nicht dagewesen sind. Volkshaus und Regierungsgebäude waren mit Truppen gesichert. Im Volkshaus selbst lagen 50 Mann Sicherheitswehr. Ein unabhängiger und ein kommunistischer sowie ein polnischer Abgeordneter verlangten die Entfernung des Militärs aus dem Volkshaus. Als ein deutschnationaler Abgeordneter eine Gegenklärung abgeben wollte, erhob sich großer Lärm bei den Sozialisten. Die Sitzung wurde deshalb geschlossen. Der Redner, der dies nicht bemerkt hatte und weiterreden wollte, wurde dann von einem Kommunisten gepackt und mit Gewalt dem Präsidenten zugeführt. Der Senator des Innern ließ darauf die Bläse herein kommen und den Kommunisten sowie den Fraktionsoberführern der kommunistischen Partei verhaften. Die politische Lage im Freistaat Danzig ist gespannt.

Die englische Politik bezüglich Oberschlesiens.

Dz London, 5. August. Wie „Daily Telegraph“ berichtet, ist die Politik bezüglich Oberschlesiens, für die Lloyd George in der bevorstehenden Pariser Konferenz des Obersten Rates vertreten wird, von der Konferenz der Premierminister des britischen Reiches gebilligt worden. Zum ersten Male seit der Friedenskonferenz wird daher die britische Politik auf einer Konferenz der Alliierten nicht nur Großbritannien allein, sondern das gesamte britische Reich vertreten. In einer in Carnarvon gehaltenen Rede drückte Lloyd George die Hoffnung aus, dass die Einmütigkeit bei der Konferenz des Obersten Rates aus.

Polnische Forderungen.

Dz Berlin, 5. August. Das in Berlin erscheinende polnische Blatt „Dziennik Polski“ meldet aus Beuthen: Im Hinblick auf die nahe

Sitzung des Obersten Rates veröffentlicht der Verband ehemaliger polnischer Aufständischer eine Reihe von Forderungen. Darin heißt es u. a.: Lloyd George hat in Irland wohl noch nicht die Lehre erhalten, dass nationale wirtschaftliche Bestrebungen nicht durch Bajonette entschieden werden können. Wir wollen glauben, dass die Vertreter von Frankreich, Italien und Amerika dem britischen Projekt nicht zustimmen. Wir erklären, dass wir die Vergewaltigung unserer Forderungen durch den Obersten Rat für eine Kampfanlage ansehen. Die Gewalt wird gegen eine einseitige Front stehen. Die Bajonette fürchten wir nicht.

Dz Kottbus, 5. August. Ein Großfeuer suchte gestern die Fabrikanlage der Glasbüttenwerke Hirsch u. Sante Co. A. G. in Weiskammer bei Oberlausitz heim. Pechschuppen, gefüllte Vagerräume, Stellungen und andere Nebengebäude wurden vernichtet.

Aus den Berliner Morgenblättern.

Berlin, 5. August. In Hamburg wurden in einer großen Versammlung der Postbeamten, in der hauptsächlich die Postunterbeamten und Angestellten vertreten waren, angesichts der verteuerten Lebenshaltung eine einmalige Beihilfe von zweitausend Mark, außerdem fünfhundert Mark für jedes Kind, ferner Erhöhungen der Grundgehälter, Erhöhungen der Teuerungszulagen um 150 Prozent und der Kinderzulagen auf 250 verlangt. Wird diesem Verlangen nicht entsprochen, so soll vor einem Streik nicht zurückgegriffen werden.

Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Kottbus meldet, breitet sich der Landarbeiterstreik im westlichen Mecklenburg weiter aus. Auf dem Gut Bankin bei Wagenow wurde das Gutgebet von streikenden Landarbeitern gestört. Der Sohn des Besitzers und der Gutbesitzer wurden schwer verletzt.

Letzte Nachrichten.

Oberschlesien.

Dz London, 5. August. Von hervorragender, vollkommen zuverlässiger Seite erhält der Berichterstatter des „Manchester Guardian“ in Paris die Nachricht, dass vor ungefähr einer Woche Briand dem Vertreter der polnischen Regierung in Paris mitgeteilt habe, dass, wenn Frankreich bei der kommenden Sitzung des Obersten Rates in Paris eine polenfreundliche Politik verfolgen, es isoliert sein werde. Wenn Frankreich versuchen sollte, irgend welche anderen alliierten Mächte für seinen

Standpunkt zu gewinnen, so müsste es in London und Rom, vielleicht sogar auch in Brüssel Zugeständnisse machen. Diese Zugeständnisse würden zu einer Untergrabung der Regierung Briand und vielleicht zu deren Sturz führen. Die Frage der Zugeständnisse sei schwierig, da die griechischen Siege die Stellung Englands in Kleinasien gestärkt und die Stellung Frankreichs geschwächt habe. Frankreich sei tatsächlich nicht in der Lage, in Oberschlesien eine anti-englische Politik zu treiben. Es könne es sich nicht leisten, Polens wegen einen Bruch mit England zu riskieren. Wenn dagegen Oberschlesien neutral würde, dann würde das Interesse Frankreichs auf dem Festland eher gewinnen als verlieren. Frankreich wäre dann in der Lage, ein starkes reguläres Heer in Oberschlesien zu unterhalten. Dies würde für Frankreich sowohl anlässlich eines russisch-polnischen Krieges als auch bei ernstlichen Verhandlungen mit Deutschland von Vorteil sein. Der Korrespondent des „Manchester Guardian“ berichtet, Polen stehe dem Neutralitätsplan feindselig gegenüber, denn es wünsche einen Anteil an Oberschlesiens materiellem Reichtum, selbst wenn es nur Weizen und Rohöl erhalte. Deutschland widerlege sich selbstverständlich diesem Plan noch mehr als die Polen.

Dz Paris, 5. August. Der „Matin“ spricht anleitender Stelle von einem englisch-deutschen Ausbeutungsplan für Russland, der schon seit Monaten verfolgt werde. Die englische Politik befürchte ein mögliches Russland und wolle deshalb den russischen Markt und die russischen Bodenschätze zugunsten seiner Industrie ausbeuten. Die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens in einem vollkommen ruinierten Russland sei aber nicht Englands Aufgabe, und die Engländer allein seien ihr auch nicht gewachsen. Es fehlten ihnen die Arbeiter, die allein Deutschland liefern könne. England habe ein Interesse daran, sich hierüber mit Deutschland zu verständigen. Die Engländer hätten die Trennung zwischen reformistischen und radikalen Bolschewisten begünstigt. Ihr Mann sei Krassin gewesen. Er habe in Berlin mit Vertretern der Gruppen Sinnes und Siemens verhandelt. Die politischen Bedingungen des Vertrages, die festgelegt worden seien, seien die Entfernung von Trotski, Tschichserin und Sinowjew und die progressive Demobilisierung der Roten Armee. Die Sowjetführer, die von der Regierung ausgeschlossen werden, müßten sich in den englischen Kolonien oder in Südamerika niederlassen. Der erste Vorstoß der neuen Koalitionsregierung werde Krassin sein. Russland werde in drei Zonen eingeteilt. Sibirien solle Japan zur Ausbeutung, Mittelrussland England und Südrussland den deutschen Syndikaten mit Unterstützung des englischen Kapitals überlassen werden, wenn der Augenblick

gekommen sei, daß Berlin nach Berlin und London reise, um die notwendigen Beträge zu unterzeichnen.

Dz Jansbrud, 5. August. Dem „Mpende“ zufolge sind bei der Besteuerung der Dreijährigen die Stadtratsgattin Kolch bei einer fährlichen Partie vom der Darnstädter Hüte auf den Sektor und im mittleren Furchthorn Regierungsbaum Dob. Krieg aus Offenburg in Baden tödlich abgehört. Vermutet werden drei Jansbruder Touristen, die am Sonntag eine Tour ins Karwendel-Gebiet zur Erstbesteigung der Nordwand unternommen hatten.

Dz Neapel, 4. Aug. Die Beerdigung Carulos fand heute morgen unter harter Beteiligung der Bevölkerung statt. Alle Geschäftsbauer hatten zum Zeichen der Trauer geschlossen. Während der Beerdigungsfahrt kreuzte ein Flugzeug über dem Trauerzug.

Pfnilknink
Onifan
August Jacobi, Seifenfabrik,
Darmstadt.
hergestellt aus den reinsten Rohmaterialien.

Rörigs Bernstein-Fußbodenlack
Qualität 1914, per Kilo Mk 22.— II. Sorte Mk. 18.— Oelfarbe zum Vorstreichen stark abgetr. Böden per Kilo Mark 12.—
Streichfertige Oelfarben in allen Tönen billigst, Fußbodenöl, la hell, geruchlos, per Liter Mk. 10.—
Lack-, Farben- u. Kitt-Fabrik A. Rörig & Co.
Verkaufsstelle Wiesbaden, Marktstr. 6.

Scherer Original

Alter Deutscher Weinbrand

LANGEN
BEI FRANKFURT A. MAIN
GEGR. 1833

Vorteiler: August Bock, Langen, Nordendstrasse 4.

Amfliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim a. M.

Bekanntmachung.

Der Hegemeister Steubing, Forsthaus Bremthal, teilt mit, daß nach eine größere Menge von der Gemeinde abgegebenen Holzes im Distrikt Eichenberg 20 in einem Verjüngungsschlage liegt. Die Eigentümer werden aufgefordert, das Holz bis spätestens 10. August d. Js. abzufahren, andernfalls daselbe auf Kosten der Sämlingen aus dem Schlage gerodet wird.

Der Magistrat. M r z b ä c h e r.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 8. August wird mit dem Regen der Schornsteine begonnen.

Die Polizeiverwaltung. M r z b ä c h e r.

Bekanntmachung.

Die Händler, welche noch leere Zucker- und Briesläde besitzen, müssen diese bis spätestens 10. August in der Lebensmittelstelle abliefern, andernfalls der Sach mit 15 Mark berechnet wird.

Der Magistrat. M r z b ä c h e r.

Bekanntmachung.

Der Kinderzucker für den Monat August kann in dem Konsumerein in der Massenheimerstraße empfangen werden.

Der Magistrat. M r z b ä c h e r.

Anzeigenteil.

Kartoffeln!

Empfehle la Kartoffeln
Ebenwälder Blaue
gelblich, kleine ausgelesen, zum Preise von
125 Mark pro Zentner.

Es werden nur Mengen über 1 Zentner ausgenommen.

Bestellungen werden bis Sonntag, 7. August entgegengenommen bei

Karl Becht,
Hochheim, Weiherstraße 13.

Allgemeine Ortskrankenkasse Hochheim am Main.

Bekanntmachung.

Zur Neuwahl des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hochheim a. M. ist von den Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber nur je ein Wahlvorschlagn eingegangen. Der Vorstand hat seinen Wahlvorschlagn zurückgezogen, die andernorts Wahl findet nicht statt, es gelten die eingereichten Wahlvorschlagn als gewählt.

I. Versicherte.

a. Vertreter.

1. Bröning, Paul, sen., Schreiner, Hochheim.
2. Ziegler, Beander, sen., Fabrikarbeiter, Hochheim.
3. Dreisbach, Jakob, Fabrikarbeiter, Hirsheim.
4. Wüsch, Johann, Drucker, Hochheim.
5. Stegried, Tobias, Bademeister, Hochheim.
6. Wagner, Peter VII., Schlosser, Hirsheim.

b. Erste Ersatzmänner.

1. Auelius, Kaspar, Fabrikarbeiter, Hochheim.
2. Weik, Jakob, Küster, Hochheim.
3. Schultheis, Karl, Gießer, Hirsheim.
4. Kleinmann, Johann, Korarbeiter, Hochheim.
5. Glöckner, Robert, Küster, Hochheim.
6. Schneider, Josef, Schreinermeister, Hirsheim.

c. Zweite Ersatzmänner.

1. Terweiden, Heinrich, Seher, Hochheim.
2. Kauffmann, Valentin, Kaufmann, Hochheim.
3. Bräuer, Wilhelm, Wertmeister, Hirsheim.
4. Werfel, Karl, Gießer, Hochheim.
5. Wiegand, Heinrich, Tischler, Hochheim.
6. Gerber, Heinrich, Betriebsleiter, Hirsheim.

II. Arbeitgeber.

a. Vertreter.

1. Beilstein, Georg, Kaufmann, Hochheim.
2. Wehr, Wilhelm II., Zimmermeister, Hirsheim.
3. Herpel, Wilhelm, Schreinermeister, Hochheim.

b. Erste Ersatzmänner.

1. Schneider, Philipp, Schlossermeister, Hirsheim.
2. Werten, Heinrich, Druckermeister, Hochheim.
3. Stemmler, Hermann, Küstermeister, Hochheim.

c. Zweite Ersatzmänner.

1. Emge, Peter, Druckermeister, Hirsheim.
2. Beder, Heinrich, Bademeister, Hochheim.
3. Untz, Kaspar, Schornsteinfegermeister, Hochheim.

Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb eines Monats angefochten werden. Anfechtungen sind bei uns oder bei dem Versicherungsamt für den Landkreis Wiesbaden anzubringen; das Versicherungsamt entscheidet über die Anfechtungen.

Hochheim a. M., den 28. Juli 1921.

Der Vorstand. S c h ä f e r.

Bekanntmachung.

Der Verteilungsplan über das Jagdpachtgeld für das Jahr 1921 liegt gemäß § 25 der Jagdpachtordnung vom 15. Juli 1907 während der Zeit vom 30. Juli bis 13. August d. J. im Rathaus, Zimmer 37a, zur Einsicht der Jagdpächter offen. Gegen den Verteilungsplan ist binnen 2 Wochen nach Beendigung der Auslegung Einspruch bei dem Jagdpächter zulässig.

Biebrich, den 28. Juli 1921.

Der Jagdpächter:
B o g t, Oberbürgermeister.

Kad-Kuder-Club Hochheim a. M.

Wir beehren uns die verehrl. Einwohner, sowie alle Vereine Hochheims und Umgebung zu unserer am 6. und 7. August stattfindenden

Gründungs-Feier

verbunden mit Regatta

freundschaftlich einzuladen.

Festprogramm:

Samstag, den 6. August, abends 8 Uhr:

Abholung der hiesigen Vereine an ihren verschiedenen Vereinslokalen und Abmarsch nach dem „Frankfurter Hof“ Dasselbst Festkommers, Gesangsvorträge u. dergl.

Sonntag, den 7. August:

Morgens 5 Uhr: Weckruf.

„ 6 Uhr: Radrennen.

„ 9 Uhr: Regatta auf dem Main.

Nachm. 2 Uhr: Abholung der Vereine zur Aufstellung des Festzuges Frankfurter Straße

Nachm. 2 1/2 Uhr: Aufstellung des Festzuges und Umzug durch die Straßen Hochheims.

Daran anschließend:

Konzert, Tanz, Kunstfreigenossen auswärtiger Vereine u. a.

„Germania Siedlingen“, in den Sälen „Frankfurter Hof“ und „Kaiserhof“.

Abends 7 1/2 Uhr: Bekanntgabe der Sieger und Preisverteilung im „Frankfurter Hof“.

Wir richten an die Einwohner Hochheims die ergebene Bitte durch Schmücken und Beflaggen ihrer Häuser unserer Festlichkeit besonderen Glanz zu verleihen.

Der Festausschuß.

Prima Rindfleisch

Bratenstücke per Pfd. 10 Mt.

Suppenfleisch Pfd. 7 Mt.

Robert Wolff, Hochheim,
Neudorfstraße 17

Gemeinnützige
Hessische Möbelvertriebsgesellschaft
m. b. H.
— Wiesbaden, Cäcilienstraße 17. —

Lieferung gediegener
Küchen, Schlaf- und Wohnzimmer
für Kriegsteilnehmer
u. Minderbemittelte.
Teilhaltung ohne Preisverhöhung gestattet.